

# Weniger Schulen machen Nahverkehr teurer

*Grüne kritisieren die zunehmende Belastung der Kommunen durch Bund und Land*

**Leimen.** (heb) „Kommunen stärken – Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung“ hieß der Titel einer Veranstaltung der Grün-Alternativen Liste Leimen (GALL) zur Landtagswahl. Die Probleme sind hinlänglich bekannt. Städte und Gemeinden können ihre Infrastruktur nur mit Mühe aufrechterhalten. Viele Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude sind in einem schlechten Zustand. Theatern, Bibliotheken und Schwimmbädern droht die Schließung. Doch dass es nicht einfach ist, mit diesem Thema die Leute hinterm Ofen hervorzulocken, mussten die grünen Kommunalpolitiker angesichts der vielen leeren Stühle im Foyer des Kurpfalz-Centrums feststellen.

„Wir müssen unseren Bürgern endlich ehrlich sagen, dass wir über unsere Verhältnisse leben“, machte der Leimener GALLler Ralf Frühwirt deutlich. Er deutete an, dass es bei der Vorbesprechung des örtlichen Haushalts unterschiedliche Meinungen zwischen Verwaltung und Fraktionen gibt. Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Wirtschaft wieder wächst und sich die kommunalen Finanzen nächstes Jahr stabilisieren. Frühwirt sieht dagegen in der Finanzschwäche der Kommunen ein strukturelles Problem, das es zu lösen gilt.

Kai Schmidt-Eisenlohr ist Landtagskandidat und seit 1999 Stadtrat in Wiesloch. Ähnlich wie Frühwirt kennt der 32-Jährige die Probleme überschuldeter Städte nur zu gut. In Wiesloch könnten die laufenden Löhne und Gehälter nur mit 10 Millionen Euro Kassenkrediten gezahlt werden.

Als exemplarisch für die Situation im Land sah Andreas Schwarz die beiden Städte. „Leimen und Wiesloch werden es

nicht aus eigener Kraft schaffen“, prophezeite der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen, der bei der Landtagswahl zum vierköpfigen Spitzenteam seiner Partei zählt.

Schwarz sah in der aktuellen Entwicklung die Gefahr, dass die Demokratie an der Basis Schaden nimmt. Zuletzt habe der Bund durch die Kürzung des Rentenzuschusses für Hartz-IV-Empfänger die Kommunen belastet. Die Einführung der Werkrealschulen habe zum Wegfall von Schulstandorten und damit zu höheren

Kosten für den ÖPNV geführt. Schwarz sagte auch, wie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung aus Sicht der Grünen finanziert werden soll: Durch eine stärkere Besteuerung großer Vermögen, mehr Steuerfahnder, eine Bundesfinanzverwaltung anstatt 16 Länderverwaltungen, Einsparungen bei „umweltschädlichen Subventionen“ wie Braunkohle oder Kernkraft, eine Erweiterung der Gewerbesteuer auf Freiberufler wie Ärzte und Rechtsanwälte und eine einprozentige Erhöhung der Grunderwerbssteuer.



Die Stärkung der Kommunen forderten (v.l. Kai Schmidt-Eisenlohr, Ralf Frühwirt und Andreas Schwarz vom Spitzenteam der Landesgrünen. Foto: Hebbelmann